

tik die Vereinigung Deutschlands nie hätte in Angriff genommen werden können.

Wir müssen auch danken der konsequenten Einheitspolitik Helmut Kohls, der zielstrebig immer die Einheit Deutschlands erreichen wollte.

Aber nicht zuletzt sollten wir vor allen Dingen Hans-Dietrich Genscher danken, der aus einer fast unlösbaren, komplizierten internationalen Situation eine Vertrauensbasis für das vereinigte Deutschland aufgebaut hat und maßgeblich daran beteiligt ist, daß gestern die 2 + 4-Gespräche zu einem erfolgreichen Abschluß kamen und damit breit das Tor zur Einheit aufgestoßen ist. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei CDU/DA und F.D.P.)

#### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Ullmann :**

Wir danken Ihnen, Herr Abgeordneter, und wenden uns einem neuen Sachbereich zu, dem der Wirtschaft. Die Aussprache wird eröffnet durch den Herrn Abgeordneten Körber von der SPD.

Bitte, Herr Körber, nehmen Sie das Wort.

#### **Dr. Körber (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bezogen auf die gegenwärtige Situation der gewerblichen Wirtschaft im Lande, ist die Frage nach den wirtschaftspolitischen Aussagen im Einigungsvertrag von besonderer Brisanz. Wie ist die Lage nach 75 Tagen Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion? Sie ist äußerst angespannt und wird durch eine Reihe von Fakten gekennzeichnet. Dies sind erstens effizienzbedingte Verflechtung und Schrumpfung von Großbetrieben mit erheblicher Arbeitskräftefreisetzung. Zweitens: Der Inlandsmarkt ist infolge der Erhöhung der Produktivitäts- und Qualitätsansprüche für die Mehrzahl der DDR-Betriebe zusammengebrochen. Drittens: Der Gewerbeansiedlungsprozeß erfolgt eher verhalten; er kann die Arbeitskräftefreisetzung zur Zeit nicht auffangen, und auch die Neuansiedlung von Betrieben mit mehr als 100 Mitarbeitern und hoher Wertschöpfung ist zur Zeit noch der Einzelfall. Möglichkeiten zum Aufbau notwendiger Strukturen zwischen neuen Mittel- und alten Großbetrieben sind wegen der Absatzschwäche der Großbetriebe zur Zeit nicht zu beobachten. Viertens: Der Privatisierungsprozeß über die Treuhand erfolgt schleppend. Der Ministerpräsident hat es nicht geschafft, die Treuhand zu einem effizienten Instrument zu machen. Und fünftens: Die hohe Prozeßdynamik beim Übergang der DDR-Wirtschaft zur Marktwirtschaft führt in Unternehmen, Gebietskörperschaften und Institutionen zu einem zusätzlichen mental-organisatorischen Schock, der den Übergangsprozeß behindert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich nenne diese Fakten nicht, um zu jammern, sondern um die Basis für die Bewertung der Lösungsansätze im Einigungsvertrag zu finden. Entgegen den völlig unzureichenden Fördermaßnahmen im 1. Staatsvertrag enthält der Einigungsvertrag - nicht zuletzt durch den Einfluß der SPD-regierten Länder im Bundesrat - ein Bündel von Maßnahmen, die als Rahmenbedingungen geeignet sind, der Wirtschaft der fünf neuen Bundesländer eine Chance zu geben, die rettenden Ufer in hinreichender Zeit zu erreichen.

Wir Sozialdemokraten begrüßen die Präferenzbedingungen für die Wirtschaftsförderung mit bis zu 33 %. Wir begrüßen die Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur, die den Gemeinden endlich das Geld gibt, nun loszulegen. Aber wir erwarten auch hier keine Wunder; denn es gibt in den Gebietskörperschaften auf Grund der Schlampe der SED-Administrationen keine Schubladenprojekte, um diese Gelder überall mit der notwendigen Effizienz einzusetzen.

Wir begrüßen die Aufstockung der ERP-Kredite für 1990 und 1991. Und wir begrüßen die Entschuldung von Unternehmen im Einzelfall. Hier wäre eine bessere Lösung unserer Ansicht nach gefunden, aus wirtschaftspolitischer Sicht alle Betriebe zu entschulden. Dieser Akt wäre dringend erforderlich.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Wir begrüßen die Revidierung der Fragen zu Eigentum und zu Grund und Boden und daß damit zur Investitionsförderung endlich der Leitsatz gilt: Entschädigung vor Rückgabe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Aufbau von Mittelbetrieben mit hoher Wertschöpfung und die Sicherstellung der Effizienz der geschrumpften Großbetriebe ist die eigentliche Kardinalfrage der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung. Klotzen statt Kleckern ist bei der Förderung privater Investitionen in der DDR erforderlich und vor allem deshalb, weil ab Beitritt eine Konkurrenzsituation im europäischen Rahmen zu beachten ist. Klotzen statt Kleckern ist auch deshalb erforderlich, damit wir nicht wegen immer weiter steigender Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahlen einen steigenden Anteil des Finanztransfers in Konsumausgaben lenken müssen. Notwendig ist ein sich selbst tragender Aufschwungprozeß. Ich bin davon überzeugt, daß diese Fördermaßnahmen nach Artikel 28 ein guter Weg sind, aber daß sie noch nicht ausreichen werden, um den erforderlichen Aufschwungprozeß in Gang zu bringen.

Notwendig sind meines Erachtens darüber hinaus gestaffelte Sonderabschreibungen für Investoren für einen Zeitraum von ca. 6 Jahren, beginnend mit einer Höhe von 100 %, weiterhin steuerliche Entlastung in der DDR für erzielte Gewinneinkünfte und der Verzicht auf Sustanzbesteuerung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die im Einigungsvertrag enthaltenen Rahmenbedingungen entsprechen den Teilverstellungen der SPD, aber es muß gleichfalls festgestellt werden, daß weitergehende Maßnahmen erforderlich sind. Die SPD stimmt da her dem Wirtschaftspaket zu, und wir mahnen aber die Nachbesserung der Fördermaßnahmen dringend an. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

#### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Ullmann :**

Wir danken Ihnen, Herr Abgeordneter. Es schließt sich an mit dem Redebeitrag der Herr Abgeordnete von Ryssel von der Fraktion der F.D.P.

#### **Von Ryssel (F.D.P.):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Einigungsvertrag, dem meine grundsätzliche Zustimmung gilt, schließt vorläufig auch ein Kapitel ab, das Übergang von einer zentralistischen Kommandowirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft heißt. Der Prozeß ist jedoch keineswegs abgeschlossen. Viele Probleme und Details werden einer künftigen gesamtdeutschen Regierung zur Klärung vorbehalten bleiben, aber nicht im Sinne des Rufes nach mehr Staat, davon hatten wir genug, sondern damit die Mechanismen und Instrumentarien der sozialen Marktwirtschaft tatsächlich greifen.

Die F.D.P.-Fraktion der Volkskammer verstand sich stets als die Fraktion, die in ihrer parlamentarischen Arbeit am konsequentesten für marktwirtschaftliche Lösungen eintrat. Und die Ergebnisse haben uns Recht gegeben. Konsequenz beim Übergang zur ökologisch orientierten sozialen Marktwirtschaft ist gefordert - so zeigen unsere Erfahrungen. Alle halbherzigen Lösungsansätze - oft unter dem Deckmantel notwendiger allmählicher Übergangslösungen - erwiesen sich, wenn auch von guter Absicht getragen, als nicht gangbar. Nicht einverstanden bin ich jedoch mit dem Verfahren, in den Einigungsvertrag komplette Gesetze einzubinden, deren Beratung in der Kammer und vor allem in den Ausschüssen als dringlich angesehen werden muß.

Ich weiß nicht: Wie soll man sich denn nun als Abgeordneter verhalten, wenn man grundsätzlich zu dem Einigungsvertrag steht, aber zu einem der darin enthaltenen Gesetze die Zustimmung nicht geben will? Ich denke hier z. B. an das Gesetz zur Regelung des Kirchensteuerwesens. Mich persönlich stört schon das Wort Kirchensteuer. Meiner Ansicht nach ist es ein reiner Mitgliedsbeitrag und keine Steuer. Ich erinnere daran, das hat schon ein viel Berühmterer, Herr Bismarck, gesagt. Herr Bismarck hat sich damit schon auseinandergesetzt.

(Unruhe im Saal)